

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 10/21

21. Mai 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

seit knapp einer Woche flammt der Konflikt im Nahen Osten wieder auf. Die fortgesetzten Raketenangriffe der Hamas auf Israel haben zur jüngsten Eskalation geführt. Sie sind menschenverachtend und verbrecherisch. Dieser Terror ist durch nichts zu rechtfertigen und muss sofort beendet werden. Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden und ist für uns zurecht Staatsräson. Kritik an den von Benjamin Netanjahu vorangetriebenen Siedlungsplänen in Teilen des Westjordanlands muss natürlich trotzdem auch gegenüber einem Partner wie Israel deutlich geäußert werden und möglich sein.



Mit Blick auf die Pandemielage gibt es gute Nachrichten: Am Mittwoch wurden in Deutschland an einem Tag 1,35 Mio. Menschen geimpft. Die sinkenden Infektionszahlen zeigen, dass wir die dritte Corona-Welle gebrochen haben. Dennoch dürften wir nicht überhastet in die Normalität zurückkehren. Das heißt für uns: Die Unternehmen und Soloselbständigen, die auch in nächster Zeit noch von Einschränkungen betroffen sein werden, bekommen auch weiterhin unsere Unterstützung. Und auch den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld werden wir bis Ende 2021 verlängern, denn bis heute haben wir mit diesem Instrument zwei Millionen Jobs gerettet. Um die Einnahmeausfälle der Künstlersozialkasse auszugleichen, unterstützt sie der Bund mit einem Zuschuss von 84,5 Millionen Euro. Daneben hat Arbeitsminister Hubertus Heil erreicht, dass Künstlerinnen und Künstler künftig deutlich mehr Geld mit einer nicht-künstlerischen Tätigkeit verdienen dürfen, ohne den Schutz der Künstlersozialkasse zu verlieren. All das sind Maßnahmen, um die Menschen vor Armut zu bewahren.

Dass wir aktuell gut durch die Pandemie kommen, haben wir auch den Frauen und Männern zu verdanken, die Tag und Nacht an der Seite der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen stehen. Ein Großteil der Pflegerinnen und Pfleger in Deutschland wird jedoch nicht nach Tarifvertrag entlohnt. Das wollen wir ändern – mit dem Pflege-Tariftreue-Gesetz. Pflegeeinrichtungen sollen künftig nur dann als solche zugelassen werden, wenn ihre Beschäftigten tariflich bzw. nach den Arbeitsvertragsrichtlinien des kirchlichen Bereichs entlohnt werden. Dazu erweitern wir die bisherige Regelung, dass die Pflegeversicherung tarifvertragliche Löhne refinanzieren – also bezahlen – muss. Mit dem Gesetz setzen wir gute Löhne durch, verbessern die Arbeitsbedingungen in der Pflege und geben den Pflegerinnen und Pfleger die Anerkennung, die sie verdient haben.

Mit herzlichen Grüßen



Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Der Bund fördert mit über 100.000 € die Sanierung des Stifts Fischbeck
- Seite 3** — Denkmalschutz im Landkreis Northeim wird mit 558.842 Euro gefördert
- Seite 4** — Der Bund fördert die Sanierung des Herrenhauses des Rittergut Meinbrexen mit 180.000 Euro
- Seite 5** — Neuer alter Mitarbeiter im WK-Büro Martin Drelichowski stellt sich vor
- Seite 6** — Gespräch mit der Präsidentin von Moldau und Wahl in den Vorstand des Deutsch-Moldauischen Forums
- Seite 7** — Internationaler Museumstag: Besuch im Heimatmuseum in Hellental
— Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie
- Seite 8** — Themenausblick Bundestag
- Seite 9** — Persönliches: Ich habe geheiratet :)

Ihr findet mich auch bei:



DER BUND FÖRDMT MIT ÜBER 100.000 EURO DIE SANIERUNG DES STIFTS FISCHBECK

Tolle Nachricht für das Weserbergland: Der Bund fördert mit über 100.000 € die Sanierung des Stifts Fischbeck.

Der Bund fördert zwei Sanierungsvorhaben im Stift Fischbeck mit bis zu 105.659 Euro. Mit den bewilligten Mitteln beteiligt sich der Bund an der Sanierung der Apsis und des „Von der Kuhla-Hauses“. Die gesamten Baukosten belaufen sich auf 442.405 Euro, die von mehreren Geldgebern getragen werden.

Ich freue mich sehr, dass es mir gelungen ist, auch für dieses Kulturdenkmal eine Bundesförderung in Höhe von 105.659 Euro im Haushalt zu platzieren. Bereits im Jahr 2019

hatte ich mich gemeinsam mit Dirk Adomat und Ulrich Watermann mit der Äbtissin Katrin Woitack und Wilhelm Kuhlmann, dem Vorsitzenden des Fördervereins Stift Fischbeck e.V., vor Ort über die Wichtigkeit des Sanierungsvorhaben informiert und ausgetauscht.

Das Stift Fischbeck ist das einzige Kloster der 15 bestehenden evangelischen Frauenklöster in Niedersachsen, das seit der Gründungszeit ununterbrochen von Frauen bewohnt wird, die ihre Aufgabe darin

sehen, in geistlicher Gemeinschaft Zeugnis des christlichen Glaubens zu sein und das großartige nationale Denkmal zu erhalten und zu beleben. Ursprünglich als Kanonissenstift als Ort für adlige Töchter gegründet, deren Hauptaufgabe im Stundengebet und caritativen Aufgaben bestand, sind es heute alleinstehende beruflich qualifizierte

motor in der ländlichen Region zu stärken. Zugleich ist das Stift nämlich auch außerschulischer Lernort für Kinder und Jugendliche. Und auch im kulturellen Bereich setzt das Stift immer wieder Maßstäbe. Davon konnte ich mich im vergangenen Sommer gemeinsam mit meiner Großmutter beim Besuch der Fischbecker Orgelkonzerte auch

persönlich überzeugen. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass dieses einmalige Umfeld im Stift Fischbeck weiter erhalten bleibt.

Eine wichtige Säule der Denkmalförderung ist das Denkmalpflegeprogramm "National wertvolle Kulturdenkmäler".

Es wurde ins Leben gerufen, um die Erhaltung von Baudenkmalern, Bodendenkmälern sowie historischen Parks und Gärten zu unterstützen, denen insbesondere aufgrund architektonischer, historischer oder wissenschaftlicher Leistungen eine herausragende Bedeutung zukommt. Von 1950 bis 2020 konnten mit Mitteln aus diesem Programm über 700 Kulturdenkmäler mit rund 387 Millionen Euro erhalten und restauriert werden.



evangelische Frauen, die geistliche Angebote für Pilger und Gäste anbieten, in Führungen Geschichte und Tradition des Stiftes vermitteln und kulturelle Veranstaltungen durchführen.

Das Weserbergland ist eine beliebte Tourismusregion und das Stift Fischbeck ist ein ausgesprochen wichtiger Multiplikator und Anziehungspunkt für Touristen. Damit trägt das Vorhaben dazu bei, die Rolle der Region als Tourismus- und Kulturort sowie als Entwicklungs-

DER DENKMALSCHUTZ IM LANDKREIS NORTHEIM WIRD MIT 558.842 EURO GEFÖRDERT



Frauke Heiligenstadt und ich freuen uns sehr, dass der Bund wieder drei Projekte im Landkreis Northeim mit insgesamt 558.842 € unterstützt. Bei der Heldenburg Salzderhelden ist eine Sanierung im Bereich der Burgmauern geplant. Bis zum Ende des 15. Jahrhunderts lebten in der Heldenburg die Grubenhagener Welfen und 1362 wurde hier das Niedersachsen-Ross erstmals urkundlich erwähnt. Auch auf Grundlage der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Fördervereins Heldenburg Dirk Heitmüller ist es nun gelungen für den nächsten Bauabschnitt erneut knapp 180.000 € aus dem

Bundshaushalt zu verankern. Der Ratskeller in Moringen soll nach seiner Sanierung eine sozio-kulturelle Einrichtung werden und wurde ebenfalls bereits in den letzten Jahren gefördert.

Auch das Muthaus in Hardeggen wird nun mit 250.000 Euro gefördert. Das Muthaus steht seit 2002 der Kulturinitiative als Veranstaltungs- und Begegnungsort zur Verfügung.



DER BUND FÖRdert DIE SANIERUNG DES HERRENHAUSES DES RITTERGUT MEINBREXEN MIT 180.000 EURO



Auch darüber freue ich mich sehr, dass es gelungen ist, eine Bundesförderung in Höhe von 180.000 Euro im Haushalt zu platzieren. Vorgesehen sind eine Reparatur der Decke der Eingangshalle mit vorhandenem und rückzubauenden Deckenstück, Sichtung und Dokumentation der historischen Wand- und Deckengestaltung, sowie eine umfassende Sanierung des Herrenhauses, die gesamten Bau-

kosten belaufen sich auf 360.000 Euro.

Auch Sabine Tippelt freut sich sehr über die tollen Nachrichten aus Berlin. Denn das Rittergut Meinbrexen ist ein Schmuckstück der Region und bei vielen Besuchen in Meinbrexen konnten wir gemeinsam einen Eindruck über das große Engagement der Familie von Mansberg erfahren. Das hier nun diese stattliche Zahl an Fördergeld

fließt, ist einfach klasse.

Das Rittergut Meinbrexen liegt am Rande des Sollings, direkt an der Weser zwischen Lauenförde und Fürstenberg. Die barocke Gutsanlage stammt aus dem späten 17. Jahrhundert und ist seit dieser Zeit im Besitz der Familie von Mansberg. Das Herrenhaus mit seiner Parkanlage zählt zu den wichtigsten und schönsten denkmalgeschützten Bauwerken der Region.

NEU IM TEAM: MARTIN DRELICHOWSKI



Seit Anfang April unterstützt Martin Drelichowski mein Team im Wahlkreisbüro.

Martin ist seit 2014 ein leidenschaftlich aktives Mitglied in der SPD. Zunächst im SPD-Ortsverein Auetal und nach seinem Umzug 2016 nach Langenfeld im SPD-Ortsverein Hohenstein. Dort ist er 2016 in den Ortsrat gewählt

worden und hat kurz darauf die Aufgabe des Finanzverantwortlichen des SPD-Stadtverbandes Hessisch Oldendorf übernommen. Der Stadtverband wählte Martin 2018 zum kooptierten Mitglied in die SPD-Ratsfraktion der Stadt Hessisch Oldendorf. Von 2018 - 2020 arbeitete er neben seinem politikwissenschaftli-

chen Studium als Mitarbeiter von Uli Watermann und Dirk Adomat. Er ist also mit dem Rosa-Helfers-Haus bereits vertraut und verbunden. In Zukunft wird er auch das Marta-Warnecke-Haus noch besser kennenlernen. 2020 wurde Martin Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Hessisch Oldendorf sowie Ortsvereinsvorsitzender des SPD-Ortsvereins Hohenstein.

Martin möchte auch zukünftig die SPD-Fraktion unterstützen und kandidiert in diesem Jahr sowohl für den Ortsrat, den Stadtrat als auch für den Kreistag.

Seit 2017 leitet er den Dorfgemeinschaftsverein Langenfeld, ist aktives Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr und engagiert sich darüber hinaus in weiteren Vereinen ehrenamtlich. Neben der Politik ist Martin in der Natur zu Hause. Beim Wandern, Fahrradfahren, Klettern und bei ausgedehnten Hundespaziergängen kann er entspannen. Als Ehemann einer Lehrerin, Vater eines Sohnes (und bald eines weiteren;) liegen ihm persönlich die Bereiche Bildung, Sozial- und Familien- sowie Umweltpolitik besonders am Herzen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Dir, lieber Martin!

GESPRÄCH MIT DER PRÄSIDENTIN VON MOLDAU MAIA SANDU UND WAHL IN DEN VORSITZ DES DEUTSCH-MOLDAUISCHEN FORUMS



In dieser Woche war Maia Sandu, die Präsidentin der Republik Moldau zu Besuch im Deutschen Bundestag. Als erste Frau gewann sie Ende letzten Jahres die Wahlen in der Republik Moldau und möchte nun in ihrem Land in vielen Bereichen Reformen durchführen, besonders bei der Korruptionsbekämpfung.

Auch dieses Jahr bringt spannende Entwicklungen mit sich, denn das moldauische Verfassungsgericht hat am 28. April den durch das Parlament ausgerufenen gesetzlichen Notstand für verfassungswidrig erklärt. Präsidentin Maia Sandu löste daraufhin das Parlament auf und setzte Neuwahlen für den 11.

Juli an. Ich hatte die Gelegenheit, mich mit Maia Sandu im Europa-Ausschuss über diese aktuellen Fragen auszutauschen und die Perspektiven der Östlichen Partnerschaft anzusprechen.

Mit den deutsch-moldauischen Beziehungen werde ich mich auch weiterhin intensiv befassen: Ende Februar wurde ich zusammen mit meinem Kollegen Manuel Sarrazin von den Grünen in den Vorstand des Deutsch-Moldauisches Forums gewählt. Ich bin gespannt, wie sich die politische Situation in Moldau weiter entwickeln wird und freue mich in Zukunft auch in dieser neuen Rolle zu den deutsch-moldauischen Beziehungen einen kleinen Beitrag leisten zu können.



INTERNATIONALER MUSEUMSTAG IM MUSEUM HELLENTAL



Museen sind Orte der Bildung und damit auch wichtige Schutzräume unserer Demokratie.

Zum 44. internationalen Museumstag war ich im Historischen Museum in Hellental im Solling zu Gast. Das hatte in diesem Jahr zum ersten Mal wieder seine Pforten geöffnet. Unter einem Dach haben Dr. Klaus A.E. Weber & Christel Schulz-Weber als Museumsleitung hier zwei Ausstellungshäuser zusammen geführt. Im Museum im Backhaus gibt es die Dauerausstellung „Altes Glas & Neues Brot im Solling“ und im Sollinghaus Weber gibt es im neuen Museum der Alltagskultur wahnsinnig viel zu entdecken.

Ich freue mich, dass mit Manfred Kues, sowie Brigitte und Dietmar Bitter drei Sozialdemokraten aus Hellental gemeinsam mit mir in diese spannende Welt eingetaucht sind. Unter anderem geht es auch um die harten Auseinandersetzungen zwischen örtlichen SPD-Mitgliedern und den aufstrebenden Nazis in den frühen 1930er Jahren. Ein Besuch lohnt sich definitiv, zumal man sich anschließend mit negativem Corona-Test nun auch wieder im Biergarten des LandHotel Lönskrug Hellental stärken kann.

DER 17. MAI IST INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMO-, BI-, INTER- UND TRANSPHOBIE



Es gilt für uns ganz klar und eindeutig: Diskriminierung und Hetze überall die rote Karte zeigen!

17. Mai ist Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT)! Der richtige Zeitpunkt für uns, deutlich zu machen: Wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen überall für gleiche Rechte, volle Akzeptanz und mehr Sichtbarkeit queerer Menschen sorgen. Denn es geht um Respekt - Respekt vor der sexuellen Identität eines jeden Menschen in unserer Gesellschaft.

Umweltschutz und Landwirtschaft zusammen denken

Mehr als 275.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland produzieren tagtäglich sichere und hochwertige Lebensmittel. Gleichzeitig werden laut Umweltbundesamt fast 9 Prozent aller Treibhausgase in Deutschland in der Landwirtschaft ausgestoßen.

Im Rahmen der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU zwischen 2023 und 2027 erhält Deutschland jährlich sechs Milliarden Euro, die die Landwirtinnen und Landwirten als Direktzahlungen (1. Säule) und über Förderprogramme (2. Säule) erreichen. Mit Hilfe der finanziellen Mittel soll der Klimaschutz in der Landwirtschaft stärker als bisher gefördert werden.

Die Verteilung der Gelder wird durch vier Gesetzentwürfe geregelt, die die Bundesregierung in dieser Woche einbringt und die bis Anfang 2022 erstmals als Strategieplan an die Europäische Kommission übermittelt werden müssen. Wurden in der Vergangenheit die Gelder aus der 1. Säule – rund 4,9 Milliarden Euro – vor allem nach der Größe der bewirtschafteten Fläche ausbezahlt, werden künftig 25 Prozent der Direktzahlungen an Öko-Regelungen (EcoSchemes) gebunden. Das heißt: Landwirtinnen und Landwirten erhalten finanzielle Mittel, wenn sie beispielsweise vielfältige Frucht-

folgen anbauen oder auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verzichten.

Rund eine Milliarde Euro fließen über die 2. Säule in Förderprogramme, die eine nachhaltige Bewirtschaftung gewährleisten und den ländlichen Raum stärken sollen. Hierfür werden zusätzlich jedes Jahr finanzielle Mittel von der 1. Säule in die 2. Säule umgeschichtet. Aktuell beträgt der Anteil sechs Prozent. In den nächsten sieben Jahren wird er deutlich erhöht: Ist für 2022 ein Anteil von 8 Prozent vorgesehen, soll er für 2026 auf 15 Prozent steigen. Mit Hilfe der neuen Vorgaben soll zudem Grünland erhalten und Moorböden geschützt werden. Außerdem müssen Landwirtinnen und Landwirten künftig drei Prozent ihres Ackerlandes als nichtproduktive Flächen oder für Landschaftselemente vorhalten.

Mit den neuen Vorgaben soll der Beitrag der Landwirtschaft zu mehr Klimaschutz und Biodiversität gefördert werden. Bis Ende 2024 wird dazu ein Evaluationsbericht erstellt.

Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus

In dieser Woche wird in erster Lesung beraten über die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie weiterer Gesetze, die infolge der Reform geändert werden müssen. Der Europäische Stabilitätsmecha-

nismus (ESM) besteht seit 2012 und wurde Ende 2020 durch die europäischen Finanzministerinnen und Finanzminister reformiert. Er wurde in Reaktion auf die Finanzkrise geschaffen, damit Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht mehr für zahlungsunfähige Banken einspringen müssen. Stattdessen stellt der ESM – nach einer Beteiligung von Gläubigerinnen und Anlegerinnen und Anleger einer Bank – Kredite für den Bankenabwicklungsfonds bereit, die im Laufe von fünf Jahren durch das Bankgewerbe selbst zurückgezahlt werden müssen. Durch das schwindende Risiko von einschneidenden Finanzkrisen soll die Währungsunion stabilisiert und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschützt werden.

Kernpunkt der Reform ist die Nutzung des ESM als sog. common backstop, also Letztversicherung für den Bankenabwicklungsfonds. Die Letztversicherung war erst für Ende 2023 geplant und ist nun vorgezogen worden. Zudem verpflichten sich die Mitgliedstaaten und ihre Finanzinstitute zu einer weiteren Reduzierung von notleidenden Krediten und zu höheren Eigenmitteln. Bereits seit 2018 arbeiten die Mitgliedstaaten an diesen Schwachstellen, um die Risiken im Bankensektor zu senken. Zudem wird der Zugang zu den vorsorglichen Kreditlinien vereinfacht.

MEINE HOCHZEIT



Zum Schluss möchte ich noch eine persönliche Nachricht mitteilen: Am 7. Mai habe ich meine langjährige Freundin Natascha in Hameln geheiratet.

„Ja“, ein kleines Wort, das ausgesprochen im rechten Moment, so viel bedeutet.

Wir hatten trotz aller Einschränkungen einen wahnsinnig schönen und - vielleicht gerade deswegen - einen unvergesslichen Tag. Und sogar das Wetter hat ganz überwiegend mitgespielt. Obwohl wir den Rahmen ganz klein halten mussten, haben so viele Menschen an uns gedacht und diesen Tag für uns noch schöner gemacht. Danke!

Dank für das Foto an die beiden Fotografen Samira Neitzke und Christian Manthey.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski,
Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva